

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 5. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 13. Dezember 2000
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.15 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat:	Vorsitz	Peter Humbel, Präsident Einwohnerrat Gemäss Präsenzliste
Gemeinderat:		Ruth Greiner, Präsidentin Dr. Anton Lauber, Vizepräsident Dr. Leo Zehnder Roman Meury Bea Fuchs Paul Schüpbach Nicole Nüssli
Gemeindeverwaltung:		Max Kamber, Gemeindeverwalter Markus Rudolf-von-Rohr, Stv. Gemeindeverwalter Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Gäste:		---
Entschuldigt:		Kurt Kneier Nancy Langer Robert Richner
Abwesend:		---

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle des verstorbenen Heinz Anderegg-Diehm, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3248
2. Stellungnahme des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu den Budget-Postulaten Geschäft 3247B/C
- 3.1 Budget-Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Position 210-314:
Erhöhung um CHF 40'000 für das Entfernen von Sprayereien an Fassaden von kommunalen Gebäuden Geschäft 3255
- 3.2 Budget-Postulat der SP-Fraktion betreffend Position 210-317:
Erhöhung des Betrages für Trampesen um CHF 2000 Geschäft 3256

- 3.3 Budget-Postulat der SP-Fraktion betreffend
Position 210-317:
Erhöhung des Betrages für Museumseintritte/Führungen um CHF 500 Geschäft 3257
- 3.4 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Position 300-364:
Reduktion des Beitrags an kulturelle Institutionen Basel-Stadt um CHF 9'800 Geschäft 3258
- 3.5 Budget-Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, betreffend
Position 300-364:
Erhöhung um CHF 15'000 auf CHF 90'000, wobei der Beitrag an die
GGG Allgemeine Bibliotheken von CHF 22'000 auf CHF 35'000 erhöht wird,
damit die Mitgliederbeiträge für Allschwiler Einwohner/innen verbilligt werden
Können Geschäft 3259
- 3.6 Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend
Position 931-406.00:
Reduktion des Ertrages für Erbschafts- und Schenkungssteuern
um CHF 325'000 Geschäft 3262
- 3.7 Budget-Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, betreffend
Position 770-501.01:
CHF 100'000 für den Naturschutz in der Natur- und Erholungszone Ziegeleiareal Geschäft 3263
4. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
betreffend Voranschläge für das Jahr 2001 Geschäft 3247/A
- 4.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 4.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2001
- 4.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2001
- 4.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2001
- 4.5 Festsetzung der Fürsorgesteuer pro 2001
- 4.6 Budget-Postulat von Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, betreffend
Position 587-400:
Reduktion des Fürsorgesteuersatzes um 1.5 % von 13 % auf 11.5 % Geschäft 3260
- 4.7 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Position 587-400:
Festlegung des Fürsorgesteuersatzes auf 11 % der Gemeindesteuer Geschäft 3261
5. Berichte des Gemeinderates betreffend Allwo;
I. Stand des Projektes Allwo
II. Produktgruppen-Budgets 2001 / Voranschlag 2001 Geschäft 3247.1

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 5 vom 13. Dezember 2000

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates
Allschwil**

Peter Humbel

Begrüssung / Mitteilungen

Der Vorsitzende **Peter Humbel** begrüsst zur letzten Plenarsitzung des Jahres 2000. Er kommt zurück auf das bemängelte Auszählen der Stimmen anlässlich der Plenarsitzung vom 8. November 2000. Die Angelegenheit wurde im Büro des Einwohnerrates besprochen. Peter Humbel bittet die Ratsmitglieder eindringlich um eine klare, deutliche Stimmabgabe, welche den Stimmenzählern die Arbeit erheblich erleichtern könne.

Neue parlamentarische Vorstösse

Folgende persönliche Vorstösse sind neu eingegangen:

56 07.011 Finanzplan

**Motion der SP-Fraktion betreffend
Zur Kenntnis-Bringung des Finanzplanes (VOR § 28 Absatz 2)
Geschäft 3266**

57 07.031 Beitrags- und Subventionsgesuche

**Kleine Anfrage von Dr. Ivo Corvini, CVP, betreffend
Leistet Allschwil auch einen Beitrag an die Eissporthalle St. Jakob?
Geschäft 3267**

Bereinigung der Traktandenliste

58 06.060 Gesundheit

**Budget-Postulat der FIREKO, betreffend
Pilzkontrolle, Position 490-301.00: CHF 4'500.00,
Geschäft Nr. 3265**

Dr. Lukas Rosenthaler zieht namens der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission das nachträglich eingereichte und nicht traktandierte Budget-Postulat Geschäft Nr. 3265 betreffend Pilzkontrolle aus juristischen Gründen zurück.

59 01.024 Wahlbüro
 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle des verstorbenen Heinz Anderegg-Diehm, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004), Geschäft 3248

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Wahlvorschlag unterbreitet:

Imber Siro, Baslerstrasse 27, 4123 Allschwil.

Weiter Nominierungen liegen nicht vor.

//:

Auf Antrag des Vorsitzenden wird Stille Wahl beschlossen.

//:

Anstelle des verstorbenen Heinz Anderegg-Diehm wird für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30. Juni 2004) als Mitglied in das Wahlbüro gewählt:

Siro Imber.

MITTEILUNG AN:

Siro Imber, Baslerstrasse 27, 4123 Allschwil (als Wahlanzeige)
Luigi Ursig, Präsident Hauptwahlbüro
Dr. Max Ribi, Präsident FDP
HA Zentrale Dienste

60 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

**Wahl eines Mitglieds in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle der zurückgetretenen Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004)
Geschäft 3264**

Alex Horisberger gibt seitens der FDP-Fraktion bekannt, dass für diesen Kommissionssitz noch keine Nomination vorliegt. Das Ersatzmitglied der FDP-Fraktion wird an den FIREKO-Sitzungen teilnehmen, bis ein neues Mitglied gefunden ist.

//:

Geschäft 3264 wird bis zur Plenarsitzung vom 24. Januar 2001 ausgestellt.

61 07.010 Budget

Stellungnahme des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu den Budget-Postulaten, Geschäft 3247B/C

Dr. Lukas Rosenthaler, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FIREKO) unterbreitet die Stellungnahme der Kommission zu den einzelnen Postulaten jeweils mündlich.

62 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

Budget-Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Position 210-314, Erhöhung um CHF 40'000 für das Entfernen von Sprayereien an Fassaden von kommunalen Gebäuden, Geschäft 3255

Dr. Lukas Rosenthaler namens der FIREKO: Die Kommission lehnt das Postulat mit 5 Nein bei 1 Enthaltung ab. Es lohne sich nicht, **Sprayereien** punktuell zu entfernen. Zudem würde der Betrag von CHF 40'000 nicht ausreichen, um alle Sprayereien in Allschwil zu entfernen.

Der Postulant **Alex Horisberger**, FDP-Fraktion, verweist auf die Präventionskampagne der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung zur Verminderung von Sprayer-Schäden. Auf diese Weise soll das Thema zu einer öffentlichen Diskussion werden, mit dem Ziel, Schäden durch Sprayereien zu verhindern. Die Kampagne richtet sich an Erwachsene, insbesondere aber an Jugendliche. Sprayereien an privaten und an gemeindeeigenen Liegenschaften sollten konsequent zu einer Anzeige führen, so weiter Alex Horisberger. Der Kanton Basel-Stadt z.B. wendet über 3 Jahre CHF 1.4 Mio. zur Bekämpfung und Reinigung von Sprayereien auf. Der Postulant wundert sich über die ablehnende Haltung des Gemeinderates, habe dieser doch vor einem Jahr ein Postulat mit dem selben Anliegen gutgeheissen. Mit CHF 40'000 könnte eine weitere Etappe bei der Entfernung von Sprayereien in Allschwil genommen werden. Studien haben ergeben, dass bei sofortiger Entfernung den Sprayern die Lust daran vergeht und diese von weiteren Taten absehen.

Felix Mensch, namens der CVP/SVP-Fraktion, schliesst sich der Stellungnahme des Gemeinderates an. Persönlich sieht er keinen Sinn darin, prophylaktisch eine Versiegelung gegen Sprayereien an Gebäuden anzubringen. Zudem könnte es bei privaten Liegenschaften zu Interessenkonflikten kommen. CHF 40'000 für die Behandlung von Fassaden seien „ein Tropfen auf einen heissen Stein“ und zu teuer. Aus diesem Grund ist die CVP/SVP-Fraktion gegen das Postulat.

Max Amsler, namens SD-Fraktion, spricht sich für das Verursacherprinzip aus. Jeder Hausbesitzer müsse selber aktiv werden und versuchen, Sprayereien zu verhindern. Der verlangte Betrag sei nicht ausreichend für das Entfernen von Sprayereien in Allschwil und ändere nichts an der Situation. Aus diesen Gründen lehnt die SD-Fraktion das Postulat ab.

://:

Das Budget-Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Position 210-314, Erhöhung um CHF 40'000 für das Entfernen von Sprayereien an Fassaden von kommunalen Gebäuden, wird mit 28:6 Stimmen abgelehnt

63 04.020 Primarschule
 04.030 Real- und Sekundarschule

Budget-Postulat der SP-Fraktion betreffend Position 210-317, Erhöhung des Betrages für Trampesen um CHF 2000, Geschäft 3256

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der FIREKO, empfiehlt die Annahme des Postulates. Es sollte für Schülerinnen und Schüler möglich sein, auch nach Schönenbuch - in der Tarifzone II - zu fahren.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, hat als betroffener Lehrer dieses Thema schon mehrmals aufgegriffen. Es gehe darum, mit den Schülern/Schülerinnen Oertlichkeiten besuchen zu können, die für den Unterricht von Interesse sind. Unabhängig davon, dass der Gemeinderat dem Anliegen des Budgetpostulates in der Zwischenzeit bereits gerecht geworden ist, will der Votant an der Erhöhung der Budget-Position um CHF 2'000 festhalten. Die Entwicklung der Schülerzahlen in den nächsten Jahren sei nicht absehbar, ebenso nicht die Tarifpolitik der BVB. Damit schaffe man ein Polster und eine erneute Diskussion um das selbe Thema in ein bis zwei Jahren könne vermieden werden. Jean-Jacques Winter bittet um Unterstützung des Postulates und dankt gleichzeitig dem Gemeinderat für sein Entgegenkommen.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion und Präsident der Ortsschulpflege, weist darauf hin, dass der Budget-Betrag zwar ausreiche, jedoch die Tarifzone II durch den Gemeinderatsbeschluss ausgeschlossen worden sei. Er bittet um Zustimmung zum Antrag der Ortsschulpflege gemäss Bericht 3247B.

Ursula Pozivil, namens der FDP-Fraktion, begrüsst die Empfehlungen des Gemeinderates und stimmt dem Antrag der Ortsschulpflege zu. Sie erkundigt sich jedoch nach der Aussage im Bericht 3247B, nach welcher „die Position im laufenden Jahr bei weitem nicht ausgeschöpft worden ist“. Die FDP-Fraktion heisst das Budget-Postulat 3256 gut.

Beatrice Fuchs, Departementsvorsteherin Bildung – Erziehung – Kultur: Seit mehreren Jahren gibt das Thema Fahrspesen für Schulen Anlass zu Diskussionen, weil der Budget-Betrag jeweils massiv überschritten worden ist. Eine Bedarfsumfrage bei den Schulen und Kindergärten hatte zur Folge, dass das Budget angepasst wurde und Weisungen erlassen worden sind, wem, welche und wieviele Fahrten pro Jahr zustehen. Dass die Tarifzone II ausgeschlossen war, also ein Fahrt nach Schönenbuch nicht zulies, war man sich nicht bewusst. Der Gemeinderat hat in einer seiner letzten Sitzungen den Beschluss Nr. 788.98 entsprechend erweitert. Eine Erhöhung der Budgetposition erübrigt sich, weil genügend finanzielle Reserve darin enthalten ist.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, ist nicht einverstanden mit der Begründung für die Budgeterhöhung von Jean-Jacques Winter. Ein Budget sollte nur erhöht werden, wenn ein Grund dafür vorhanden ist, nicht aber prophylaktisch.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, bittet Jean-Jacques Winter als Lehrer um seine konkrete Meinung, ob der Budgetbetrag für Trampesen zur Zeit ausreichend sei.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, stellt das Ergebnis der diesbezüglich erfolgten Bedürfnisabklärung in Frage. Jeder Schulklasse stehe lediglich ein Retour-Billet pro Semester für eine Exkursion zur Verfügung. Die Frage von Felix Mensch könne er so nicht beantworten.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, ist nicht damit einverstanden, die Budgetposition Trampesen „auf Vorrat“ zu erhöhen. Eine solche Erhöhung könne nur nach Bedarf erfolgen. Die SD-Fraktion lehnt das Budget-Postulat analog Gemeinderat ab.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass der Budgetbetrag zwar ausreichend ist, jedoch nicht ausgeschöpft werden konnte, weil die Fahrten auf die Tarifzone I beschränkt waren. Er ist erfreut darüber, dass der Gemeinderat dem Anliegen der Ortsschulpflege entsprochen hat.

:::

Das Budget-Postulat der SP-Fraktion betreffend Position 210-317, Erhöhung des Betrages für Trampesen um CHF 2000, wird mit 20:13 Stimmen abgelehnt.

64 04.020 Primarschule
 04.030 Real- und Sekundarschule

Budget-Postulat der SP-Fraktion betreffend Position 210-317, Erhöhung des Betrages für Museumseintritte/Führungen um CHF 500, Geschäft 3257

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der FIREKO, empfiehlt Annahme des Postulates. Sie folgt der Begründung des Postulanten.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, lehnt das Postulat aus Spargründen grundsätzlich ab.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, weist auf den tatsächlich zu gering budgetierten Betrag hin und empfiehlt die Erhöhung um CHF 500 für Museumseintritte/Führungen. In diesem Zusammenhang richtet er die Bitte an die anwesende Lehrerschaft, das Heimatmuseum Allschwil für den Schulunterricht vermehrt in Anspruch zu nehmen.

Alice Märky, namens der FDP-Fraktion, unterstützt Museumsbesuche im Schulunterricht, weil sie für Schülerinnen und Schüler bereichernd sein können. Die Fraktion unterstützt das Budget-Postulat.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, weist darauf hin, dass es nicht um das eigentliche Eintrittsgeld für Museumsbesuche geht - der Eintritt sei gratis - sondern um erweiterte Aktivitäten wie Führungen, die in Museen für Schulklassen angeboten werden. Die Anregung betreffend Heimatmuseum Allschwil von Arnold Julier nimmt er gerne entgegen.

://:

Das Budget-Postulat der SP-Fraktion betreffend Position 210-317, Erhöhung des Betrages für Museumseintritte/Führungen um CHF 500, wird mit grossem Mehr gutgeheissen.

65 07.031 Beitrags- und Subventionsgesuche

**Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Position 300-364,
Reduktion des Beitrags an kulturelle Institutionen Basel-Stadt um CHF 9'800, Geschäft
3258**

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der FIREKO, lehnt das Budget-Postulat ab, weil er im relativ kleinen Betrag keine Ungleichbehandlung zwischen Allschwil und Basel feststellen kann. Das kulturelle Angebot der Stadt Basel sei weit umfangreicher als dasjenige von Allschwil, was sich im Beitrag niederschlagen kann. Er weist darauf hin, dass durch das neue Kulturkonzept der Gemeinde Allschwil eine Neuverteilung der Beiträge an kulturelle Institutionen erfolgen wird.

Der Postulant **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, erachtet die Kunst am Stadttheater Basel als elitär und nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung zugänglich. Wer diese Veranstaltungen besuche, verfüge in der Regel auch über die nötigen finanziellen Mittel, um den Eintritt zu bezahlen. Er verweist auf das Verursacherprinzip, das in diesem Bereich angewendet werden müsste. Die Beiträge an die Stadt Basel sollten zumindest in der gleichen Höhe wie die Beiträge an Allschwiler Vereine ausfallen. Die finanzielle Situation der Gemeinde rechtfertige den Kürzungsantrag - jetzt sei der Sparwille des Rates gefordert. Die SD-Fraktion hält am Budget-Postulat 3258 fest.

Mark Aellen, namens der SP-Fraktion: Den Besuch des Zoologischen Gartens oder der öffentlichen Bibliothek oder die Kunst ganz allgemein als elitär zu bezeichnen, sei keine adäquate Bewertung einer Leistung, die zuerst einer gewissen Grösse bedürfe, um überhaupt Leistungen erbringen zu können. Es sei für eine Gemeinde wie Allschwil unmöglich, die selben Leistungen wie die Stadt Basel als Kulturzentrum zu erbringen. Die SP-Fraktion erachte es als falschen Weg, bei Leistungen zu sparen, die später in Form von Bildung zurückfliessen würden.

Beatrice Fuchs, Departementsvorsteherin BEK: Die Beiträge an die kulturellen Institutionen der Stadt Basel können nicht mit denjenigen an die kulturellen Institutionen von Allschwil verglichen werden, weil es bei letzteren nicht um die selben Aufwendungen gehe wie z.B. beim Zoologischen Garten Basel oder der GGG. Es gehe zudem nicht nur um den Besuch von Theaterproduktionen, sondern auch um Opern, Schauspiele etc., deren Besuch den Allschwiler Schülern und Schülerinnen durch die Beiträge Allschwils ermöglicht werden kann. Betreffend unklare Beiträge an das Stadttheater Basel weist Bea Fuchs darauf hin, dass die genauen Zahlen auf der Verwaltung eingesehen werden können und auch im Allschwiler Wochenblatt publiziert werden. Die diesbezügliche Transparenz sei gewährleistet.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, widerspricht: In Oesterreich z.B. sei das Staatstheater selbsttragend. Es hänge von einem guten Programm ab, ob Theater-Vorstellungen besucht werden, was im Stadttheater Basel nicht der Fall sei. Er hält die Produktionen des Stadttheaters für künstlich subventionierte Kunst, die nur einem kleinen Personenkreis entspricht. Zum Votum von Mark Aellen: Es gehe lediglich um die Kürzung des Beitrages von CHF 25'000 an das Stadttheater Basel.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, hält es für naiv zu glauben, durch die Beitragskürzung der Gemeinde Allschwil das Programm des Stadttheaters Basel verändern zu können.

://:

Das Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Position 300-364, **Reduktion des Beitrags an kulturelle Institutionen Basel-Stadt** um CHF 9'800, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

66 04.042 Erwachsenenbildung
 04.070 Freizeitangebote Kinder und Jugendliche

Budget-Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, betreffend Position 300-364, Erhöhung um CHF 15'000 auf CHF 90'000, wobei der Beitrag an die GGG Allgemeine Bibliotheken von CHF 22'000 auf CHF 35'000 erhöht wird, damit die Mitgliederbeiträge für Allschwiler Einwohner/innen verbilligt werden können, Geschäft 3259

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der FIREKO, empfiehlt das Postulat 3259 mehrheitlich zur Ablehnung. Dass die GGG eine gute Sache ist, sei in der FIREKO unbestritten. Jedoch vertritt man die Meinung, dass zuerst Abklärungen getroffen werden müssen, wieviele Mehrkosten Allschwil leisten müsste, um wieder in den Genuss der vollen GGG-Leistungen zu kommen. Danach könnte man allenfalls die entsprechenden Gelder freimachen.

Beatrice Fuchs, Departementsvorsteherin BEK, teilt gemäss Schreiben der GGG-Direktion vom 6. Dezember 2000 mit, dass mit einem zusätzlichen Beitrag von CHF 13'000 pro Jahr Allschwiler/innen den selben Jahresbeitrag wie die Basler GGG-Mitglieder zu begleichen hätten. *Das Schreiben bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Unter Berücksichtigung der abgeschlossenen Beantwortung der Interpellation Margaret Wagner betreffend Schaffung einer Gemeindebibliothek für Allschwil (Geschäft 3209) heisst die FDP-Fraktion das Budget-Postulat gut.

Felix Mensch, namens der CVP/SVP-Fraktion, zeigt sich skeptisch gegenüber dem angeblichen Angebot der GGG. Das von Beatrice Fuchs heute vorgelegte Angebot hält er für unverbindlich. Er fordert vom Gemeinderat eine verbindliche Vereinbarung mit der GGG, die dem Einwohnerrat vorgelegt wird, um dann über den Beitrag beschliessen zu können.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, hält es für unnötig, den GGG-Beitrag für Allschwiler/innen zu subventionieren. Der Jahresbeitrag sei für einen Einzelnen erschwinglich. Die Fraktion lehnt das Postulat ab. Es handle sich wiederum um eine Begehrlichkeit eines kleinen Bevölkerungskreises.

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** versichert, dass es sich beim Schreiben der GGG um ein verbindliches Angebot handelt.

Mark Aellen, SP-Fraktion, bedauert, dass – obwohl die Verhandlungen mit der GGG seit Mai 2000 laufen – die diesbezüglichen Informationen nicht bis zum Einwohnerrat vorgedrungen sind. Da der Gemeinderat nicht gehandelt habe, sei er als Parlamentarier nun gezwungen, Massnahmen zu treffen, damit diese Rückstellung geschaffen wird. Damit könne er gleichzeitig den Auftrag erteilen, die Verhandlungen mit der GGG zu führen. Ein Budget anzugreifen, damit es als Planungsinstrument tatsächlich benutzt werde, sei so eine fragliche Sache. Zum Votum von Bruno Steiger: Die bis anhin gesprochenen CHF 22'000 haben einen bestimmten Zweck zu erfüllen. Ist dieser nicht mehr gegeben, so gibt es die Möglichkeit, den Betrag entweder ganz zu streichen oder zu erhöhen. Die Streichung des Betrages ist nach Meinung von Mark Aellen die schlechtere Lösung. Sollte der Beitrag an die GGG ganz gestrichen werden, würde er sofort die Forderung nach einer Gemeindebibliothek für Allschwil unterstützen.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, bemängelt die fehlende Aktualität der Begründung des Gemeinderates zum Budget-Postulat 3259. Er heisst das Budget-Postulat nur gut, wenn sich die Zusicherungen der GGG bezüglich Jahresbeiträge für Allschwiler/innen bewahrheiten. Eine Gemeindebibliothek für Allschwil lehnt er ab.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, gibt zu bedenken, dass eine Gemeindebibliothek Allschwil mindestens das 5- oder 10-fache des Betrages an die GGG kosten würde, jährlich anfallende Unterhaltskosten noch nicht berücksichtigt. Auch die FDP-Fraktion heisst das Budget-Postulat gut.

Margaret Wagner, SP-Fraktion, erkundigt sich nach der Verwendung der Gelder aus der Budgetposition „Beitrag an die GGG“, sofern in einigen Jahren doch noch eine Allschwiler Gemeindebibliothek geschaffen würde.

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** weist darauf hin, dass der Betrag von CHF 35'000 sicher nicht ausreichen würde, um eine eigene Bibliothek einzurichten. Wahrscheinlich müsste dieser um das 10-fache erhöht werden. Sie weist auf die gut bestückten Allschwiler Schulbibliotheken und GGG-Bibliotheken in der Nähe von Allschwil hin.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, sieht seine Meinung durch die Aussage von Beatrice Fuchs bezüglich Schulbibliotheken bestärkt: Den Schüler/innen stehen die guten Schulbibliotheken zur Verfügung und die Erwachsenen können sich den vollen GGG-Beitrag leisten, womit sich eine Erhöhung des GGG-Beitrags der Gemeinde Allschwil erübrige.

://:

Das Budget-Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, betreffend Position 300-364, Erhöhung um CHF 15'000 auf CHF 90'000, wobei der **Beitrag an die GGG Allgemeine Bibliotheken** von CHF 22'000 auf CHF 35'000 erhöht wird, damit die Mitgliederbeiträge für Allschwiler Einwohner/innen verbilligt werden können, wird mit 30:4 Stimmen gutgeheissen.

Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Position 931-406.00, Reduktion des Ertrages für Erbschafts- und Schenkungssteuern um CHF 325'000, Geschäft 3262

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der FIREKO, empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Budget-Postulates mit der Begründung, dass es die Erbschafts- und Schenkungssteuer nach geltendem Recht noch gibt. Nach Meinung der FIREKO-Mitglieder muss sich die Budgetierung nach geltendem Recht richten.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, empfiehlt aus folgenden Erwägungen Zustimmung zu seinem Postulat:

Die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer stehe bereits im Raum und müsse entsprechend im Budget 2001 berücksichtigt werden. Vor allem auf der Einnahmenseite müsse jeweils vorsichtig budgetiert werden. Die Begründung des Gemeinderates, eine Zustimmung zum Postulat könnte die Abstimmung im Frühjahr 2001 beeinflussen, kann er nicht nachvollziehen. Der Postulant ist persönlich der Meinung, dass das Stimmvolk im eigenen Interesse die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer gutheissen wird. Es sei auch klar, dass der Finanzchef nicht erfreut ist über eine Budgetverschlechterung, insbesondere auch, weil der Landrat an seiner heutigen Sitzung zusätzlich einen Teuerungsausgleich von 1.5 % beschlossen hat, welchen die Gemeinde in der Regel übernimmt. Die CHF 325'000 entsprechen gemäss kantonalen Angaben einem Viertel der errechneten Minder-Einnahmen bei einer Steuer-Abschaffung, berechnet auf 6 Monate. Weiter ist Hanspeter Frey erstaunt, dass der Gemeinderat in der kantonalen Vernehmlassung der Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für direkte Nachkommen zwar zustimmt, im Budget aber nicht berücksichtigt hat. Er plädiert für die Gutheissung seines Budget-Postulates.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, versteht den Hintergrund der Ablehnung nicht. Wird der Betrag jetzt korrigiert, erscheint der Gemeinderat bei Rechnungsabschluss in einem besseren Licht, weil er sich bereits bei der Budgetierung weitsichtig gezeigt hat. Seiner Meinung nach ist es idealistisch zu glauben, die Erbschafts- und Schenkungssteuer werde nicht abgeschafft.

Dr. Leo Zehnder, Departementsvorsteher Finanzen, hält fest, dass in der Stellungnahme des Gemeinderates zum Budget-Postulat 3262 nie von einer Beeinflussung der Volksabstimmung die Rede war. Sämtliche grosse Gemeinden budgetieren die Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer nach wie vor. Er bittet um Ablehnung des Budget-Postulates, damit diese Position nicht korrigiert werden muss.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, hält die zur Diskussion stehende Korrektur für kosmetisch. Sie bringe keinen Nutzen und es würde noch zahlreiche andere solche Unsicherheitsfaktoren im Allschwiler Budget geben.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, sieht keine rechtlichen Bedenken bei einer allfälligen Budget-Korrektur. Angesichts der Zustimmung des Gemeinderates bei der kantonalen Vernehmlassung zur Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer hält er es für möglich, dass die Korrektur bei der Budgetierung für das Jahr 2001 vergessen worden ist. Zum Votum Felix Mensch: Viele kleine Ungenauigkeiten im Budget ergeben im Endeffekt auch einen grossen Betrag. Er bittet nochmals um Zustimmung zu seinem Budget-Postulat.

Mark Aellen, SP-Fraktion, sieht den Rechtsstaat in Frage gestellt, wenn eine Behörde einen Volksentscheid bereits im Voraus deklariert, in dem die Budget-Zahlen entsprechend angepasst werden. Das Abstimmungsresultat dürfe von einer Gemeinde keinesfalls angenommen werden, wenn diese noch nicht stattgefunden hat.

Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, äussert sich dahingehend, dass es in der Privatwirtschaft üblich sei, alle bekannten Fakten im Budget zu berücksichtigen. Ansonsten müsste man ein „Risk Management“ betreiben.

Olivier Rüeegg, SP-Fraktion, hält nochmals fest, dass nur *Bekanntes* ins Budget einfliessen kann. Das Budget erachtet er als Steuerungsinstrument, mit welchem, so hofft er, noch etwas gesteuert werden kann.

Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, hält die Ablehnung der bevorstehenden Volksabstimmung betreffend Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für unwahrscheinlich.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, befürchtet, dass der Einnahmenverlust durch die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf andere Steuern abgewälzt wird und somit zu Lasten des gewöhnlichen Steuerzahlers geht.

://:

Das Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Position 931-406.00, Reduktion des Ertrages für Erbschafts- und Schenkungssteuern um CHF 325'000, wird mit 27:9 Stimmen abgelehnt.

68 13.230 Ökologie

Budget-Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, betreffend Position 770-501.01, CHF 100'000 für den Naturschutz in der Natur- und Erholungszone Ziegeleiareal, Geschäft 3263

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der FIREKO, schliesst sich der Begründung des Gemeinderates an und empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Postulates.

Mark Aellen, SP-Fraktion, war versucht, das Budget-Postulat 3263 zurückzuziehen, hat dies jedoch aufgrund der gemeinderätlichen Begründung wieder verworfen. Der Inhalt der darin erwähnten Vereinbarung zwischen Gemeinde und Grundeigentümern des Ziegeleiareals ist ihm nicht bekannt. Er stellt deshalb die Frage, ob die Vereinbarung vorsieht, den Bau im Jahr 2001 zu realisieren?

Gemeinderat **Roman Meury** bejaht die Frage von Mark Aellen.

://:

Das Budget-Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, betreffend Position 770-501.01, CHF 100'000 für den Naturschutz in der Natur- und Erholungszone Ziegeleiareal, wird mit 29:1 Stimmen abgelehnt.

69 07.010 Budget

Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Voranschläge für das Jahr 2001, Geschäft 3247/A

Dr. Lukas Rosenthaler, Präsident der FIREKO, hält eingangs seines mündlichen Berichtes fest, dass die diesjährige Budgetberatung ziemliche Schwierigkeiten bereitet habe. Dazu geführt habe einerseits der fehlende Finanzplan, welcher die finanzpolitische Betrachtung des Budgets 2001 nahezu verunmöglicht habe. Das Budget sei eine projektierte Momentaufnahme, das zeige, wie der Gemeinderat die beeinflussbaren Ausgaben plant und wie er die kurzfristigen Prioritäten setzt. Deshalb sei es eine durchaus verbindliche Absichtserklärung. Der überwiegende Teil der Posten seien wesentlich fremdbestimmt durch Bund, Kanton, gesetzliche Bestimmungen und Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen. Das Budget 2001 beinhalte grosse Unsicherheitsfaktoren im Bereich der Steuereinnahmen sowie bezüglich der Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen (z.B. die BVB).

Der Finanzplan des Gemeinderates hingegen soll die mittelfristige Finanzplanung darlegen. Können die anstehenden Investitionen durch kurzfristige Verschuldung finanziert werden? Müssen die Dienstleistungen abgebaut werden? Müssen die Einnahmen erhöht werden? Die Beurteilung des Budgets ist deshalb aussagekräftiger, wenn auch der Finanzplan für die nächsten Jahre bekannt ist. Die Gründe für den verspätet vorliegenden Finanzplan seien jedoch plausibel: eine ausserordentlich starke Arbeitsbelastung der Verwaltung durch die Umstellung auf einen vom Kanton vorgeschriebenen Kontenplan und die Einführung einer neuen Software. Durch den neuen Kontenplan war der Vergleich der einzelnen Budgetpositionen erheblich eingeschränkt. Der FIREKO sind grosse Veränderungen in einzelnen Budgetpositionen aufgefallen, welche durch Verschiebungen innerhalb der diversen Konti begründet sind. Eine Ueberprüfung konnte wegen des zeitlich grossen Aufwandes nur stichprobenartig durchgeführt werden.

Der budgetierte Aufwandüberschuss sei unschön, sehr hoch und bewirke eine entsprechende Zunahme der Verschuldung, welche um ca. CHF 8.5 Mio. zunehmen werde. Die Gesamtschuld wird gemäss Schätzung der FIREKO erstmals den Stand der Jahressteuereinnahmen erreichen, was einige Sorgen bereitet. Die Investitionen belaufen sich auf CHF 10 Mio., was für Allschwil als angemessen erachtet wird. Das Sparpotenzial erscheine teilweise ausgereizt; Sparpotenzial in grösserem Umfang scheine nur noch durch einen Dienstleistungsabbau möglich. Die Plafonierung sei weiterhin gültig und werde auch eingehalten. Abschliessend hält Dr. Lukas Rosenthaler die Befürchtung der FIREKO fest, dass das budgetierte Defizit von CHF 1.6 Mio. ein strukturelles Defizit darstellt, welches sich in den nächsten Jahren verschärfen könnte. Die FIREKO wird den mittlerweile vorliegenden, sehr detaillierten Finanzplan ausserordentlich gründlich beraten. Die FIREKO beantragt einstimmig, den Voranschlägen der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2001 zuzustimmen.

Der FIREKO-Präsident dankt an dieser Stelle der Verwaltung, insbesondere Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen, und Gregor Minzer, Abteilungsleiter Rechnungswesen, für ihre tatkräftige Unterstützung und die zahlreichen Informationen. Ebenso geht ein Dank an die Mitglieder der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission für die gut funktionierende Zusammenarbeit.

Dr. Leo Zehnder, Departementsvorsteher Finanzen, zitiert die Presse-Kommentare zu den Budgets der Einwohnergemeinde Allschwil der letzten Jahre, die sehr unterschiedlich ausgefallen sind und wünscht sich inskünftig etwas mehr Zurückhaltung bei Kommentaren in der Oeffentlichkeit. Er weist darauf hin, dass das Rating der Banken für die Gemeinde Allschwil nach wie vor ein „AA“ ist.

Der Begriff „strukturell“ tauche in den Kommentaren zu den Finanzen mehrfach auf, stellt Leo Zehnder fest. Er versteht diesen so, dass die Finanzen der Gemeinde Allschwil weitgehend fremdbestimmt sind und der Spielraum der Gemeinde relativ gering ist. Das strukturelle Defizit müsste auch Fingerzeig für die nationalen und kantonalen Parlamentarier/innen sein, die verantwortlich zeichnen für die Bestimmungen, welche das Wirkungsfeld der Gemeinden immer mehr einschränken. Mit Bezug auf den FIREKO-Bericht 3247A weist er darauf hin, dass die Bereiche Löhne, Beiträge und interne Verrechnungen nicht geheim sind und jederzeit von der FIREKO eingesehen werden können.

Betreffend Besoldungserhöhung: Dabei handle es sich um eine kantonale Angelegenheit. Der Landrat hat an seiner heutigen Sitzung einen Teuerungsausgleich von 1.5 % beschlossen; Allschwil hat wie letztes Jahr nur mit 1 % gerechnet. Diese Zahlen im Budget zu definieren sei schwierig, weil zum Zeitpunkt der Budgeterstellung die kantonalen Absichten nur vage bekannt sind. Der Finanzvorsteher ist der Meinung, dass die CHF 133'000 Mehraufwand, welche durch einen Teuerungsausgleich von 1.5 % entstehen würden, im Rahmen des Ausgabenpostens „Besoldung“ von insgesamt CHF 26 Mio. durchaus vertretbar sind.

Betreffend Einsichtnahme in die Budgetrichtlinien: Die Unterlagen sind allesamt bereit und können eingesehen werden.

Stellenaufstockungen werden immer mit der Personal- und Besoldungskommission abgesprochen.

Betreffend interne Verrechnung: Diese sollten nach Vorliegen der Rechnung 2000 diskutiert werden.

Betreffend Beiträge an den Kanton: Normalerweise informiert der Kanton rechtzeitig über die erforderlichen Budgetierungen, allerdings müssen immer Abweichungen von einigen CHF 100'000 pro Jahr in Kauf genommen werden. Sämtliche Grundlagen können eingesehen werden.

Zum verspätet vorliegenden Finanzplan führt Dr. Leo Zehnder die selben Gründe an wie FIREKO-Präsident Rosenthaler: Die Installation der neuen Software habe ausserordentlich viel Zeit in Anspruch genommen. Er bedauert, dass die FIREKO die Budget-Beratung 2001 ohne Finanzplan hat vornehmen müssen und hofft, dass dies in den kommenden Jahren nicht mehr der Fall sein wird.

Ein Vergleich der Budgets 2000 / 2001 zeige eine Verbesserung um CHF 579'000. Der neue Finanzplan zeige die Zielsetzung des Gemeinderates, bis ins Jahr 2006 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Das Budget 2001 ist nach Meinung des Gemeinderates ein erster Schritt dazu. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Budget 2001 die zwei grossen Unsicherheitsfaktoren Erbschafts- und Schenkungssteuereinnahmen sowie die allgemeinen Steuereinnahmen, die durch den Wechsel zur einjährigen Veranlagung eine Veränderung erfahren könnten, beinhaltet. Allschwil hat die Steuereinnahmen 2001 relativ bescheiden budgetiert. Zuhanden der Presse teilt der Finanzchef mit, dass das Budgetdefizit 2001 aktuell CHF 1'663'000 beträgt.

Dr. Leo Zehnder teilt weiter mit, dass das Rechnungsdefizit 2000 nach aktueller Schätzung knapp unter CHF 1 Mio. liegt, und nicht wie budgetiert bei CHF 2.2 Mio. Er wird die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anlässlich der nächsten Sitzung umfangreich darüber informieren. Das budgetierte Defizit von CHF 1.6 Mio. für das Jahr 2001 erachtet er zwar nicht als erfreulich, aber auch nicht als alarmierend.

Der Finanzvorsteher bittet die Ratsmitglieder, auf das Budget 2001 einzutreten und spricht allen Beteiligten seinen besten Dank aus.

Die detaillierten Zahlen und Erläuterungen von Dr. Leo Zehnder liegen diesem Protokoll bei und bilden Bestandteil desselben.

EINTRETENSDEBATTE

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, ist mit dem budgetierten Defizit nicht einverstanden. Als besorgniserregend wird auch der schlechte Selbstfinanzierungsgrad von 16.2 % erachtet. Angesichts der prognostizierten Gesamtverschuldung von CHF 49 Mio. per Ende 2001 stellt sich für ihn die Frage, wo die vom Gemeinderat versprochenen intensiven Bemühungen bleiben, die Haushaltsentwicklung zu stabilisieren. Bezüglich der vorgesehenen Investitionen bestehen keine Vorbehalte. Weitere geplante Projekte, wie z.B. der Veranstaltungssaal und der Hochwasserstaudamm, werden jedoch kritisch betrachtet. Im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz legt Bruno Steiger dem Gemeinderat nahe, die regelmässige Reinigung des Mühlibachs nicht zu vernachlässigen.

Der Fraktionssprecher stellt weiter fest, dass der Sparwille im Rat unbefriedigend sei und stellt einen Rückweisungsantrag des Geschäftes 3247 in Aussicht, mit dem Inhalt, den Sachaufwand des Budgets 2001 um CHF 300'000 zu reduzieren.

Mark Aellen, namens der SP-Fraktion: Wie jedes Jahr demonstriere die Verwaltung, dass sie sehr gute Arbeit leiste, dies mit Budget-Einhaltungsziffern von unter 5 % gegenüber dem Gesamtbudget. Die Fraktion sei für Eintreten auf das Budget 2001, äussert jedoch ihre Bedenken zu generellen Ansätzen wie zum Beispiel der Plafonierung des Sachaufwandes über 6 Jahre, welche ohne Rücksichtnahme auf Teuerung, Unterhaltskosten etc. erfolge.

Jacqueline Misslin gibt seitens der FDP-Fraktion Zustimmung zum Eintreten auf Geschäft 3247 bekannt. Die Fraktion habe jedoch ein ungutes Gefühl betreffend Abweichungen bei der Budgetierung der Löhne. Zudem sei es zwar erfreulich, dass der Rechnungsabschluss in den letzten Jahren durchwegs viel positiver ausgefallen sei als budgetiert, diese Tatsache setze jedoch gleichzeitig gewisse Fragezeichen. Die Transparenz dazu fehle der FDP-Fraktion. Auch die Verschuldung sei sehr subjektiv betrachtet und das positive Banken-Rating - wie von Dr. Leo Zehnder erwähnt - gehe zurück auf die grossen Sicherheiten, die Allschwil durch Anlagen, die zahlreich auf 1 Franken abgeschrieben seien, bietet.

Die FDP-Fraktion steht aus diesen Gründen nicht hinter dem vorgelegten Budget 2001.

Felix Mensch gibt namens der CVP/SVP-Fraktion bekannt, dass sie mit dem Budget 2001 grundsätzlich zufrieden sei, insbesondere aufgrund der positiven Nachrichten betreffend Rechnungsabschluss 2000. Von Schwarzmalerei halte er gar nichts, so weiter Felix Mensch, und die geäusserten Bedenken seien relativ unbegründet, weil mit den geplanten Investitionen ja auch Werte geschaffen würden, die der Infrastruktur dienen. Ausgewiesen sei, dass die Allschwiler Verwaltung effizient arbeite und die Finanzen umsichtig verwalte. Er plädiert für etwas grösseren Optimismus bezüglich Finanzen und teilt mit, dass die CVP/SVP-Fraktion das Eintreten befürwortet.

://:

Mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen wird der Antrag von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Rückweisung des Geschäftes Nr. 3247, Rückweisung an den Gemeinderat mit dem Auftrag, den Sachaufwand des Budgets 2001 um CHF 300'000 zu reduzieren, abgelehnt.

://:

Eintreten auf Geschäft Nr. 3247 wird mit grossem Mehr beschlossen.

DETAILBERATUNG

EINWOHNERKASSE

Laufende Rechnung

0 Allgemeine Verwaltung

Kein Wortmeldung.

1 Oeffentliche Sicherheit

Kein Wortmeldung.

2 Bildung

Mark Aellen, SP-Fraktion, erkundigt sich betreffend Sozialversicherungsbeiträge, die gegenüber den Löhnen im Budget 2001 unproportional ansteigen.

Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen: Bei vorzeitiger Pensionierung wendet die Gemeinde Allschwil die kantonale Regelung bezüglich Rentenauszahlungen an, d.h. bei Rentenauskäufen werden CHF 100'000 von der Gemeinde übernommen. Rückstellungen gemäss den anstehenden Pensionierungen wurden bereits berücksichtigt.

Mark Aellen: Die Behörden- und Kommissionsgelder für die Kindergartenkommission fallen nach deren Auflösung per 1.1.2001 weg. Diese Ausgaben gehen neu zu Lasten der Ortsschulpflege, deren Budgetposten im Budget 2001 jedoch unverändert ist - wieso?

Dr. Leo Zehnder, Departementsvorsteher Finanzen, will nach den ersten Erfahrungen mit der neuen Organisation die entsprechenden Budget-Anpassungen vornehmen. Schätzungen in diesem Bereich hätten sich als schwierig erwiesen.

Mark Aellen hat weiter festgestellt, dass die Budgetpositionen für den baulichen Unterhalt bei der Primarschule gegenüber Budget 2000 nachhaltig korrigiert worden sind (z.B. Position 210-314; Budget 2000: CHF 336'000 / Budget 2001: CHF 262). Auch unter Berücksichtigung des neuen Kontenplans kann er sich nicht vorstellen, dass derart massive Beträge umfliessen können, wenn sie für die Primarschule vorgesehen sind.

Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen: Diese Abweichungen sind durch Verschiebungen innerhalb des Bereiches 2 „Bildung“ entstanden. Von kantonaler Seite wurde vorgeschrieben, mehr Detaillierungen im Budget vorzunehmen, z.B. Unterscheidung der diversen Schultypen. Es sind also rein technische Verschiebungen, verursacht durch Anpassungen an den neuen Kontenplan, die insbesondere im Bildungsbereich markant und nicht mehr vergleichbar mit dem Budget 2000 sind.

Mark Aellen erkundigt sich nach der Budgetposition Erwachsenenbildung (S. 28), welche ebenfalls im Vergleich zum Vorjahresbudget von praktisch CHF 0 auf neu CHF 150'000 angestiegen ist.

Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen, ist gerne bereit, diese Position mit dem Fragesteller im Detail anzusehen. Der Hauptgrund für den veränderten Budgetbetrag liegt wiederum in der neuen Zuordnung der Kosten.

Mark Aellen nimmt dieses Angebot gerne an und dankt für die Ausführungen von Kurt Hürzeler.

3 Kultur und Freizeit

Kein Wortmeldung.

4 Gesundheit

Kein Wortmeldung.

5 Soziale Wohlfahrt

Kein Wortmeldung.

6 Verkehr

Kein Wortmeldung.

7 Umwelt und Raumplanung

Kein Wortmeldung.

70 Wasserversorgung (Spezialfinanzierung)

Kein Wortmeldung.

71 Abwasserbeseitigung (Spezialfinanzierung)

Kein Wortmeldung.

72 Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung)

Kein Wortmeldung.

8 Volkswirtschaft

Kein Wortmeldung.

9 Finanzen und Steuern

Kein Wortmeldung.

Investitionsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

Kein Wortmeldung.

1 Oeffentliche Sicherheit

Kein Wortmeldung.

2 Bildung

Kein Wortmeldung.

3 Kultur und Freizeit

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion, wünscht Auskunft über die Budgetposition 359-503.01, Verlegung Familiengärten Baselmattweg. Wie weit ist dieses Projekt?

Dr. Leo Zehnder, Departementsvorsteher Finanzen, weist auf den Zusammenhang mit dem Projekt Coop Wegmatten hin. Im Frühjahr 2001 wird dieser Entscheid durch eine Volksabstimmung gefällt. Der Betrag von CHF 100'000 für die Verlegung sei mit äusserster Vorsicht zu betrachten, da die Forderungen der Familiengartenbenutzer/innen diese Summe erheblich übersteigen.

6 Verkehr

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion, fragt bezüglich Budgetposition 620-501.22, Verbindungsstrasse zur Grenze, wie weit die Vorstellungen bezüglich Realisierung dieses Projektes sind. Er gibt die Auswirkungen einer solchen Verkehrsverbindung zu bedenken, insbesondere in Bezug auf die Kreuzung Grabenring, welche heute schon überlastet ist.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, hält fest, dass es sich um den Betrag für einen Planungskredit handelt. Der Strassennetzplan Allschwil (ER-Geschäft 3224) wird zur Zeit in der Verkehrs- und Planungskommission beraten und im Frühjahr 2001 dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Bei der geplanten Strasse zur Grenze handelt es sich um eine Verbindung vom Hegenheimermattweg zur französischen Grenze, wo diese an das französische Strassennetz – Richtung EuroAirport - angebunden werden soll und später den Anschluss an die Nordtangente bildet (ca. im Jahr 2006). Paul Schüpbach bittet, allfällige Bedenken bei der Beratung des Strassennetzplans anzubringen.

7 Umwelt und Raumplanung

Kein Wortmeldung.

70 07.150 Verschiedene Steuern

Budget-Postulat von Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, betreffend Position 587-400, Reduktion des Fürsorgesteuersatzes um 1.5 % von 13 % auf 11.5 %, Geschäft 3260

71 07.150 Verschiedene Steuern

Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Position 587-400, Festlegung des Fürsorgesteuersatzes auf 11 % der Gemeindesteuer, Geschäft 3261

Der Vorsitzende **Peter Humbel** gibt bekannt, dass gemäss Verwaltungs- und Organisationsreglement, § 10 Abs. 4, Aenderungen des Steuersatzes einer 2/3-Mehrheit bedürfen; diese beträgt zur Zeit bei 37 anwesenden Ratsmitgliedern 25 Stimmen.

Dr. Lukas Rosenthaler teilt namens der FIREKO mit, dass diese beide Budgetpostulate betreffend Senkung der Fürsorgesteuer ablehnt, weil in der Fürsorgekasse noch immer keine Reserven resp. Schulden vorhanden sind.

Dr. Anton Lauber, Departementsvorsteher Soziale Dienste/Gesundheit, nimmt die beiden Budgetpostulate zum Anlass, über die Fürsorge-Arbeit in Allschwil zu berichten. Er empfiehlt die beiden Postulate zur Ablehnung und unterstreicht, dass die Fürsorgeleistungen in Allschwil exakt nach den gesetzlichen Bestimmungen erbracht werden. Für weitere Erklärungen und Informationen steht der Präsident der Fürsorgebehörde jederzeit gerne zur Verfügung.
Die Ausführungen von Dr. Anton Lauber liegen diesem Protokoll bei und bilden Bestandteil desselben.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, pflichtet dem Gemeinderat bei, dass das kantonale Fürsorgegesetz vom 6. Mai 1974 auf Dekretstufe festhält, dass CHF 50 pro Einwohner/innen als Fürsorgevermögen deponiert sein müssen. Die Nichteinhaltung dieser Bestimmung in diversen Gemeinden würde vom Kanton aber toleriert, weil sie – so die durchaus legitime Begründung – inhaltlich überholt sei und eine einseitige Privilegierung der Fürsorgeaufgaben gegenüber den anderen Gemeindeaufgaben darstelle. Deshalb sei es aus Sicht der SD-Fraktion nicht legitim, dass der Gemeinderat diese Reserve-Bestimmung bei der Begründung zur Ablehnung in den Vordergrund stelle. Eine massvolle Senkung der Fürsorgesteuer sei im Hinblick auf die Situation im Arbeitsmarkt durchaus vertretbar. Die SD-Fraktion hält an ihrem Budget-Antrag fest.

Die Postulantin **Jacqueline Misslin**, FDP-Fraktion, begründet ihren Antrag auf Senkung der Fürsorgesteuer mit der sinkenden Arbeitslosenquote. Die diesbezüglichen Angaben von Anton Lauber stellt sie in Frage und wird auf dessen Angebot für weitere Informationen im Januar 2001 zurückkommen, insbesondere weil sie in Liestal mit der Bemerkung konfrontiert worden ist, Allschwil sei bezüglich Fürsorgeleistungen besonders sozial.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, erkundigt sich nach der Liegenschaft Schönenbuchstrasse 39, welche seines Wissens der Fürsorge Allschwil zur Verfügung steht. Wie kann diese im Fürsorgevermögen aktiviert werden?

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber** nimmt Stellung zu den diversen vorausgegangenen Voten:

Durch die Erhöhung der Fürsorgesteuer auf 13 % per 1.1.2000 weist die Fürsorgekasse erstmals wieder einen kleinen Ueberschuss von CHF 6'172 auf. Die Senkung der Fürsorgesteuer auf 11.5 % resp. 11 % würde die Gemeinde Allschwil CHF 540'000 resp. CHF 720'000 kosten. Somit wäre es nicht möglich, in absehbarer Zeit wieder das vorgeschriebene Fürsorgevermögen von CHF 920'000 zu beschaffen.

Anton Lauber bedauert, dass sein Angebot für Auskünfte bezüglich Fürsorge in Allschwil sehr wenig bis gar nicht in Anspruch genommen wird. Er bittet um einen vorsichtigen Umgang mit diesbezüglichen Informationen. Betreffend Situation auf dem Arbeitsmarkt hält er fest, dass es unqualifizierte, ungelernete Arbeitskräfte nach wie vor schwer hätten, eine Anstellung zu finden.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, macht auf die zahlreichen „working poor“ aufmerksam, die es auch bei uns gibt. Solange man die tiefen Löhne einiger Arbeitgeber noch mit Fürsorgeleistungen kompensieren müsse, führe kein Weg an der Fürsorgesteuer von 13 % vorbei.

Dr. Lukas Rosenthaler, SP-Fraktion, weist ebenfalls auf den schwierigen Stand unqualifizierter Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt hin.

Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, hält die vorangegangenen Argumente nicht für ausreichend, die Fürsorgesteuer bei 13 % zu belassen. Sie ist bereit, das Budget-Postulat 3261 zurückzuziehen und sich nochmals eingehend beim Departementsvorsteher Soziale Dienste betreffend Fürsorgeleistungen in Allschwil zu informieren, stellt aber gleichzeitig in Aussicht, den selben Budget-Antrag bei der Beratung des Budgets 2002 wieder zu stellen.

Dr. Anton Lauber dankt der Postulantin Jacqueline Misslin für ihr Entgegenkommen.

Bezüglich dem Votum von Alex Horisberger zur Liegenschaft Schönenbuchstrasse 39 informiert er, dass es sich um eine Liegenschaft mit 2 Wohneinheiten handelt, die einen Katasterwert von CHF 114'900 ausweist (abgeschrieben auf CHF 1 als Buchwert). Anton Lauber hält es jedoch nicht für notwendig, dieses Vermögen zu liquidieren, um das vorgeschriebene Fürsorgevermögen zu erreichen.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, versteht nicht, wieso der Wert der Liegenschaft Schönenbuchstrasse 39 nicht buchhalterisch aktiviert werden kann, um der kantonalen Vorschrift bezüglich Fürsorgevermögen Rechnung zu tragen.

Dr. Anton Lauber weist nochmals darauf hin, dass damit nur das Vermögen gesichert wäre, die Kosten von CHF 540'000 resp. CHF 720'000 durch eine Senkung der Fürsorgesteuer würden jedoch trotzdem anfallen. Der Kanton habe betreffend Untervermögen bei der Gemeinde Allschwil noch nicht interveniert.

://:

Das Budget-Postulat von Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, betreffend Position 587-400, Reduktion des Fürsorgesteuersatzes um 1.5 % von 13 % auf 11.5 %, wird von der Postulantin zurückgezogen.

://:

Das Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Position 587-400, Festlegung des Fürsorgesteuersatzes auf 11 % der Gemeindesteuer, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

://:

1. Mit 25:3 Stimmen werden die Voranschläge für die Einwohnerkasse für das Jahr 2001 genehmigt.
2. Mit 32:0 Stimmen wird der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen auf 48 % der Staatssteuer festgelegt.
3. Mit 33:0 Stimmen werden die Steuersätze für die juristischen Personen wie folgt festgelegt:

Kapitalgesellschaften	Ertrag	4,5 %	
Genossenschaften	Kapital		5,0 %o
Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen	Ertrag		48,0 % der Staatssteuer
	Kapital		5,0 %o
Holdinggesellschaften	a) Liegenschafts-Nettoertrag		48,0 % der Staatssteuer
	b) von ausländischen quellenbesteuerten Einkommen	4,5 %	
	c) Kapital	0,25 %o	
Domizilgesellschaften	Kapital		1,0 %o
4. Mit 33:0 Stimmen wird die Feuerwehrsteuer für die Ersatzpflichtigen auf 7 % der Gemeindesteuer für natürliche Personen festgelegt.
5. Mit 34:0 Stimmen wird der Wasserverkaufspreis für die Abrechnungsperiode vom 1.10.2000 bis 30. 9.2001 auf Fr. 1.30 pro m³, zuzüglich 2,4 % Mehrwertsteuer aufgrund des effektiven Verbrauchs festgelegt.
6. Mit 31:3 Stimmen wird die Fürsorgesteuer auf 13 % der Gemeindesteuer festgelegt.

72 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo

Berichte des Gemeinderates betreffend Allwo

I. Stand des Projektes Allwo

II. Produktgruppen-Budgets 2001 / Voranschlag 2001

Geschäft 3247.1

EINTRETENSDEBATTE

Keine Wortmeldung.

DETAILBERATUNG

Keine Wortmeldung.

://:

1. Mit grossem Mehr wird vom Bericht über den Stand des Projektes *Allwo* Kenntnis genommen.
2. Mit grossem Mehr werden die vorliegenden Produktgruppen-Budgets und die damit verbundenen Leistungsaufträge auf der Grundlage des vom Einwohnerrat für das Jahr 2001 beschlossenen Voranschlags, Geschäft 3247, genehmigt.
3. Mit grossem Mehr wird beschlossen, dass die Aenderungen im Voranschlag 2001 (gemäss Kontenrahmen der Finanzbuchhaltung), welche durch Beschlüsse des Einwohnerrates erwirkt wurden, in den allenfalls betroffenen Produktgruppen-Budgets im Betriebsjahr berücksichtigt werden müssen.

Das Hauswartehepaar Doris und Reto Simon wird vom Vorsitzenden **Peter Humbel** verabschiedet und ihre Arbeit in den letzten 4 Jahren bestens verdankt. Ebenfalls wünscht Peter Humbel allen Anwesenden ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr.